

5. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission und die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2013

Am 10.11.2010 hat die Europäische Kommission den „**Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt**“ (in der Fachsprache **Kohäsionsbericht**) **sowie eine zusammenfassende Mitteilung über Schlussfolgerungen aus dem Fünften Bericht und die Zukunft der Kohäsionspolitik vorgelegt.** Ein Kohäsionsbericht wird alle drei Jahre von der Europäischen Kommission erstellt und informiert über die Ergebnisse der Strukturfondsförderung und der EU-Regionalpolitik insgesamt; gleichzeitig listet er Veränderungs-/Verbesserungsvorschläge für die zukünftige Aus(G)estaltung der EU-Regionalpolitik auf.

Der 5. Kohäsionsbericht ist, da er wie angekündigt, bereits recht eindeutige Aussagen über die Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 macht, von besonderer Bedeutung. Im Folgenden finden sich die wichtigsten Informationen und Schlussfolgerungen.

Architektur der EU-Strukturfondsförderperiode:

- **Kohäsionsfonds:** Weiterhin für die Mitgliedstaaten, deren Pro-Kopf-Einkommen weniger als 90% des EU-Durchschnitts beträgt
- **Ziel 1**=weniger entwickelte Regionen (Konvergenz),
- **Ziel 2**= stärker entwickelte Regionen, wie bisher Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und Förderung von allen Regionen in der EU durch EFRE und ESF, d.h. auch Rhein-Kreis Neuss
- **Übergangsregionen** (Regionen, die aus statistischen Gründen aus der Ziel 1-Förderung herausfallen, weil Pro-Kopf-Einkommen mehr als 75 % des EU-Durchschnitts), z.B. die neuen Bundesländer
- Das **INTERREG-Programm** in seiner bisherigen Ausgestaltung (u.a. INTERREG V A für die euresios) bleibt erhalten

Im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit sollen die **(Groß)Städte besonders gefördert werden** (z.B. Umwelt und soziale Integration) und hierfür ein Konzept der Stadtentwicklung vorgelegt werden. **Nur einmal wird in den Schlussfolgerungen auch die Verbindung von Stadt und Land** hinsichtlich des Zugangs zu erschwinglichen und hochwertigen Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen erwähnt.

Diese Ausrichtung hat bereits zu erheblichem Protest auch seitens des Deutschen Landkreistages geführt, der hier auf die Gefahr verweist, dass damit die ländlichen Gebiete mit ihren Herausforderungen (demografischer Wandel, Breitbandvernetzung etc.) vernachlässigt bzw. nicht berücksichtigt werden.

Es wird folgende Fonds geben:

1. Kohäsionsfonds
2. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
3. Europäischer Sozialfonds (ESF)
4. Europäischer Fischereifonds
5. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Die EU-Strukturfonds werden sich **thematisch streng an den 5 Kernzielen der Strategie Europa 2020 ausrichten**. In diesem Zusammenhang plant die Europäische Kommission im Rahmen von Ziel 2 (auch Rhein-Kreis Neuss) die inhaltliche Begrenzung auf 2-3 Ziele, die sich die sog. „stärkeren“ Mitgliedstaaten/Regionen „auswählen“ dürfen. Dies lehnt NRW ab, um den Akteuren vor Ort eine Wahl gemäß der Defizite und Schwerpunkte zu belassen.

Gleichzeitig will die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten und Regionen die Möglichkeit geben, **innovative Projekte** durchzuführen und spricht hier von einer Zweckbindung von Ausgaben für **bestimmte Zielgruppen oder experimentelle Ansätze**. Es bleibt allerdings offen, was genau gemeint ist und in welcher Form dies erfolgen soll.

Die Ausrichtung auf die Ziele der Strategie Europa 2020 erfordert nach Ansicht der Europäischen Kommission eine **Stärkung der strategischen Programmplanung**. Diese soll wie folgt aussehen:

1. **Gemeinsamer Strategischer Rahmen** zu den o.g. fünf Fonds, der die Investitionsprioritäten gemäß der Zielvorgaben der Strategie Europa 2020 definiert
2. **Entwicklungs- und Investitionspartnerschaft** zwischen der Europäischen Kommission und jedem Mitgliedstaat (in Form eines Vertrages), die die Investitionsprioritäten, die Aufteilung der nationalen und europäischen Finanzmittel

auf die Prioritäten und Programme, die vereinbarten Bedingungen und die zu erreichenden Ziele benennt

3. **Operationelle Programme** (wie bisher in Deutschland auf Bundesländerebene), die neben einer Stärken-Schwächen-Analyse die Investitionsprioritäten mit klaren und messbaren Zielvorgaben beinhalten.

Die Europäische Kommission plädiert für die **verstärkte Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene bei der Programmierung und Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik** und in diesem Zusammenhang für die Einführung von lokalen Entwicklungskonzepten.

Die Europäische Kommission hat während der OPEN DAYS 2010 versprochen, auf die Einbeziehung der lokalen Ebene „ein Auge zu halten“, doch ist davon auszugehen, dass Sie die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichten, sondern lediglich drängen wird (keine Einmischung in die jeweiligen nationalen Verwaltungshierarchien).

Bei der **Finanzierung der Projekte** will die EU-Kommission wie bereits in der jetzigen Förderperiode verstärkt zu innovativen Formen der Kombination von Zuschüssen und Darlehen übergehen, **konkret soll es zu einer Darlehensvergabe im Rahmen sog. revolvingender Fonds kommen**. Damit will die Europäische Kommission auch neue Märkte für verschiedene Formen öffentlich-privater Partnerschaften schaffen.

Die **Umsetzung der Programme und Projekte** soll zielgerichteter, effizienter und straffer erfolgen, die Europäische Kommission nennt hier folgende Punkte:

- Vereinfachung des finanziellen Managements
- Reduzierung des Verwaltungsaufwands
- Vereinfachung der Finanzdisziplin
- Neuregelung der Finanzkontrolle (hier wird an Zertifizierungen und Akkreditierungen von jeweils einer zuständigen Programmverwaltungsstelle gedacht)
- Einführung neuer Bedingungen für den Erhalt von Finanzmitteln,
 - z.B. Verknüpfung der Auszahlung von Kohäsionsfondsmittel an die Erreichung von vorher in den Programmplanungsdokumenten vereinbarte Ziele und
 - Einführung einer sog. leistungsgebunden Reserve, d.h. ein bestimmter Anteil der Finanzmittel wird von vornherein reserviert und dann je nach Qualität der

Programme und der Fortschritte bei deren Umsetzung an die erfolgreichsten nationalen und regionalen Behörden vergeben (nach erfolgter Halbzeitbewertung)

- Stärkere Fokussierung auf Ergebnisse anhand klarer, messbarer Zielvorgaben
- Vereinfachung der Programmdurchführung durch Bürokratieabbau

Schlussfolgerungen

Die Durchsicht der Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission zum Fünften Kohäsionsbericht lassen nicht den Schluss zu, dass die Europäische Kommission die Vergabe von Globaldarlehen an und/oder die Verwaltung von Teilprogrammen durch kleinere regionale Einheiten (z.B. Verbund von Gebietskörperschaften) unterhalb der Regionen, vorsieht, zumindestens nicht in Unabhängigkeit von den Regionen. Die Europäische Kommission spricht in ihren Schlussfolgerungen bei der Zuteilung von Finanzmitteln stets nur von Mitgliedstaaten und Regionen, Letztere sind in Deutschland die Bundesländer.

Auf dem **Brüsseler Gespräch des Landkreistages NRW in Brüssel am 08.12.2010 hat bereits das Wirtschaftsministerium NRW** dem verständlichen Wunsch der kommunalen Ebene nach Regionalbudgets widersprochen, da das Land hier die Gefahr von uneinheitlichen Zielsetzungen und parallelen Vergabe- und Kontrollstrukturen sieht.

In einem **Antwortschreiben vom 21. April 2011 an die Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW hat die Europaministerin des Landes NRW, Frau Dr. Angelica Schwall-Düren**, die Skepsis des Landes gegenüber sog. Regionalbudgets bestätigt; so heißt es u.a. in dem Schreiben: „Die Übertragung von Programmverantwortung auf die Kommunen sehe ich allerdings mit Zurückhaltung.Um die Attraktivität der Förderprogramme nicht zu gefährden, sollte die Umsetzung nicht durch den Aufbau zusätzlicher Verwaltungsebenen und –strukturen weiter verkompliziert werden. Unabhängig davon, fördert das Land Nordrhein-Westfalen bereits jetzt im Rahmen so genannter Regionalbudgets Regionale Strategiekonzepte mit einer begrenzten Anzahl von Projekten, die von den Regionen selbst entwickelt wurden“ (mit diesem Hinweis dürften die in den Jahren 2007 und 2009 durchgeführten Regio-Wettbewerbe im Rahmen des NRW-EU-Ziel 2-Programms gemeint sein).

Die generelle Einbeziehung der lokalen Ebene in die zukünftige Programmgestaltung und – durchführung möchte die Europäische Kommission aber für die Zukunft aufrechterhalten und will in diesem Zusammenhang die Rolle der lokalen Entwicklungskonzepte stärken.

Ruth Harte
Leiterin EUROPE DIRECT Informationszentrum
Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis